

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	100000	Dezernat 1 - Hauptverwaltung
Budget	117000	Gebäudemanagement und Hochbau

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushaltsreste aus Vorjahren	Mittelübertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushaltsreste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	5.123.131	0	16.804	0	2.459.655	5.385.914		245.979
Ordentliche Aufwendungen	29.983.879	3.740.569	28.252	-24.528	18.901.346	34.669.898		941.726
Ordentliches Ergebnis	-24.860.748	-3.740.569	-11.448	24.528	-16.441.691	-29.283.984		-695.747
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Ertrag

Bei Miet- und Pachterträgen und Benutzungsgebühren meist Dauerbelege. Diese konnten leider nicht über die Periode eingeschränkt werden, so dass im vorläufigen Ergebnis in den betreffenden PSK's schon mehr angeordnet ist, als es nach dem Zeitablauf sein dürfte. Dem gegenüber stehen die Benutzungsgebühren für Sportstätten, welche erst am Ende des Jahres angeordnet werden, so dass zum Stichtag 30.06.2011 in diesen PSK's noch kein Ergebnis vorliegt.

Aufwand

Mietaufwendungen, Medienkosten (Strom, Wärme, Wasser/Abwasser), Müllgebühren, Straßenreinigungsgebühren usw. sind per Dauerbelege bzw. Sammelanordnungen eingebucht. Wie schon beim Ertrag beschrieben konnte das Ergebnis nicht über die Zeiteinschränkung (30.06.) gefiltert werden, so dass das Ergebnis darüber hinaus einfließt.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Ertrag

Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus Gutschriften im Bereich der Jahresabrechnungen der Energieversorger. Es ist zu beachten, dass sich 201.396 € Ergebnisverbesserung eigentlich aus PSK's des Amtes 40 ergeben, welche im Rahmen der Übertragung der Konten an die SE 17 versehentlich mit übergeben wurden. Dies wird bis zum nächsten FC bereinigt. Dadurch ergibt sich eine eigentliche Ergebnisverbesserung von 44.583 €.

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	100000	Dezernat 1 - Hauptverwaltung
Budget	117000	Gebäudemanagement und Hochbau

Aufwand

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass die im Haushalt 2011 geplanten Mittel für die Bewirtschaftung und den Bauunterhalt der Schulen knapp bemessen sind. Durch die Abteilung 17.2 wurde im Bereich Bewirtschaftung ca. 716 T€ Mehrbedarf zur Deckung der laufenden und nicht einschränkbaren Kosten gemeldet. Gründe sind neben der Mittelausstattung außerdem die Kostensteigerungen im Bereich der Medien (Strom, Wärme und Abwasser) und dem vergleichsweise strengen Winter. Im Bereich Bau wird ein Mehrbedarf von ca. 225 T€ Mehrbedarf gemeldet. Zudem entsteht ein Mehrbedarf durch die Beseitigung von Gesundheits- und Unfallgefahren, Winterschäden (in 2011 besonders prekär), Havarien und Vandalismusschäden sowie durch Mehrkosten bei laufenden Maßnahmen.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Die oben aufgeführten Mehraufwendungen können aus Sicht der GMH nicht allein durch Gegensteuern im Bereich der Produktsachkonten der Schulen aufgefangen werden. Die GMH wird dort, wo es möglich ist, durch Leistungseinschränkung und durch sparsamen Mitteleinsatz versuchen die angezeigten Mehraufwendungen zu mindern.

Unterschrift AL: gez. Schubert

Datum: 15.07.2011

Budgetinformationen			
Übergeordnetes Budget	120000	Kämmereiamt	
Budget	120200	Kämmereiamt, Unterbudget Unternehmen	

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	15.905.000	0	0	0	4.525.418	15.080.448		-824.552
Ordentliche Aufwendungen	31.827.054	2.585.484	0	0	17.485.432	34.412.538		0
Ordentliches Ergebnis	-15.922.054	-2.585.484	0	0	-12.960.014	-19.332.090		-824.552
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0		0
1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:								
2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:								
Die <u>Mindereinnahmen</u> im Ergebnishaushalt ergeben sich aus einer geringeren Gewinnausschüttung der Sparkasse i. H. v. 905,7 T€ als geplant. Demgegenüber stehen <u>Mehreinnahmen</u> aus Gewinnanteilen von Duales System Deutschland i. H. v. 81,2 T€.								
3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):								
4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:								

Unterschrift AL: gez. Härtel

Datum: 15.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	300000	Dezernat 3 - Recht, Sicherheit und Ordnung
Budget	330000	Rechtsamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 04.07.2011 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	205.696	0	84.800	0	356.226	474.593		184.097
Ordentliche Aufwendungen	556.408	0	84.800	0	408.965	702.371		61.163
Ordentliches Ergebnis	-350.712	0	0	0	-52.739	- 227.778		122.934
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	312	312		312
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	312	312		312
1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag: Die Übererfüllung zum Planansatz in den Erträgen ergibt sich vorwiegend durch die Vorschüsse der Eigenbetriebe für den Kraftfahrtdeckungsschutz. Des Weiteren sind Erträge zu verzeichnen, die im Rahmen der Haushaltsdurchführung wahrscheinlich als Deckung für Mehraufwendungen verwendet werden. Teilweise haben diese PSK keinen Planansatz und stellen deshalb Mehrerträge dar. Mittel in Höhe von 84.800 € wurden aus dem PSK 1112200.34619120 dem PSK 1112200.42514000 zur Verfügung gestellt. Diese wurden zur Begleichung der Rechnung des Kommunalen Schadenausgleichs Berlin für den KFZ-Haftpflicht- und Deckungsschutz benötigt. Die Ertragserhöhung im PSK 34611000 in Höhe von 145.000 € begründet sich auf der Übernahme der kompletten Bearbeitung aller Schadenfälle aus dem Tiefbauamt ab 2011. Die Verringerung der Erträge im PSK 34619130 ergibt sich aus der Dezentralisierung der Gerichtskosten, da damit sich alle eingehenden Erträge in den Fachämtern niederschlagen.								
2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011: Im PSK 1112200.44318200 wurde im Juli 2011 ein ÜPL iHv 70.000 Euro gebucht. Das Projekt „Neuvergabe der energiewirtschaftlichen Konzessionen“ wird von D3/A30 geleitet und extern beraten. Die Aufwandsschätzung zum Beratungsumfang bis zum Jahresende hat ergeben, dass aufgrund der Komplexität der Thematik ca. 49-68 Beratertage im Jahr 2011 auflaufen. Bis dato sind 32,5 Beratertage abgerechnet worden, so dass sich die Bereitstellung der finanziellen Mittel erforderlich machte. Die Deckung wird aufgrund der Nichtinanspruchnahme von Kassenkrediten (Budget S20000) erbracht.								
3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):								
4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:								

Unterschrift AL: gez. Widmann

Datum: 15.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	300000	Dezernat 3 - Recht, Sicherheit und Ordnung
Budget	339000	Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushaltsreste aus Vorjahren	Mittelübertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushaltsreste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	895.900	0	0	0	624.049	812.950		-82.950
Ordentliche Aufwendungen	693.487	0	0	0	455.169	807.041		113.554
Ordentliches Ergebnis	202.413	0	0	0	168.880	5.909		-196.504
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0		0

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Die Einnahmeerfüllung beträgt 69,8% und liegt bedingt durch die Auflösung der Rückstellung für drohende Gerichtsverfahren über der anteiligen Erfüllung zum Plan. Die Ausgaben liegen bei 65,6 %. Ursachen dafür sind die Jahressollstellungen bei Mieten und Bewirtschaftungskosten, sowie der Erstattung an den Tierschutzverein und die Verbandsumlage an den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung (I. und II. Quartal).

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Zurzeit ist bei der Fa. Gausepohl- Fleisch GmbH, NL Chemnitz ein akuter Rückgang der Schlachtzahlen zu verzeichnen. Dadurch ist mit Mindereinnahmen von ca. 108,5 T€ in der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung zu rechnen. Gleichzeitig ergibt sich ein Mehrertrag in Höhe von 16,7 T€ durch die Auflösung der Rückstellung für drohende Gerichtsverfahren und einen Mehrertrag in Höhe von 11,0 T€ bei den Verwaltungsgebühren in der Lebensmittelhygieneüberwachung. Dies ergibt insgesamt einen Minderertrag von ca. 83,0 T€. Bei den Aufwendungen erfolgt eine Einsparung in Höhe von 130,0 T€ bei den Personalkosten. Des Weiteren wurde zwischen der Stadt Chemnitz und der Fa. Gausepohl- Fleisch GmbH, NL Chemnitz ein Vergleich in Höhe von 248,2 T€ geschlossen (Mehraufwand). Es ergibt sich insgesamt ein Mehraufwand in Höhe von 113,6 T€.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Durch die deutlich rückläufige Schlachtung bei der Fa. Gausepohl- Fleisch GmbH, NL Chemnitz im laufenden Jahr sind Mindereinnahmen zu verzeichnen. Auf Grund der geringeren Einsatzzeiten des nach TV-FU eingestellten Personals können entsprechende Beschäftigungsentgelte und Lohnnebenkosten eingespart werden. Des Weiteren wurde 2 Mitarbeitern in der Probezeit der Arbeitsvertrag nicht verlängert.

Unterschrift AL: gez. Dr. Kern

Datum:

21.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	500000	Dezernat 5 - Soziales, Gesundheit und Kultur
Budget	540000	Schulverwaltungsamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger (Sp. 1+2+3+4-6)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	3.747.629	0	259.334	0	1.139.528	2.780.433	0	-1.226.530
Ordentliche Aufwendungen	7.030.914	197.930	252.895	0	2.030.301	5.995.948	0	-1.485.791
Ordentliches Ergebnis	-3.283.285	-197.930	6.439	0	-890.773	-3.215.515	0	259.261
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	169	169	0	169
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	169	169	0	169

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Die Angaben beinhalten die zum Stichtag 30.06.2011 unter Budgetnummer 540000 geführten Werte. Enthalten sind die Planansätze, die Mittelübertragungen und die Reste aus Vorjahr. Die Budgetabgrenzung zwischen 40 und 17 ist noch nicht vollständig bereinigt. Im Sachkonto 34619110 der einzelnen Produktuntergruppen sind noch die gemischten Erträge für Schulbucherstattungen (40) und Rückerstattungen von Bewirtschaftungskosten (17) sowie PSK für Erträge und Aufwand für Baumaßnahmen (17) enthalten.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011: Neben der noch nicht vollständigen Budgetbereinigung zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, ist noch eine Budgetbereinigung im Aufwand durch Personalübergang an die GMH in Höhe von 7.852 erforderlich. Zu Abweichungen im Ertragsbereich kommt es durch Differenzen in der Planeingabe für die Benutzungsgebühren im Internat am Sportgymnasium. Der Planansatz für das PSK 2431008.33211400 beträgt 460.120 €. Gebucht werden die Benutzungsgebühren zurzeit im PSK 2431008.33211110, wo ein Planansatz von 112.000 € vorhanden war, der inhaltlich nicht zugeordnet werden kann. Es ist demzufolge hier mit Mindererträgen in Höhe von 112.000 € zu rechnen. Weitere Mindererträge entstehen durch die Neuregelung zum Verzicht auf die Erstattung von privaten Telefongebühren in Höhe von 2.430 €. Im Aufwand war die Rückzahlung der nicht verausgabten Fördermittel für GTA veranschlagt worden. Diese Mittel in Höhe von 61.522 € werden voraussichtlich in 2011 nicht verausgabt. Weitere wesentliche Abweichungen zu Erträgen und Aufwand können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht konkret benannt werden. Insbesondere im Zusammenhang mit der Budgetabgrenzung zwischen 40 und 17 sowie durch Beachtung der Wertaufgriffsgrenze für das Anlagevermögen in Höhe von 150,00 € sind weitere Mittelumverteilungen erforderlich, die gegenwärtig noch keinen Mehrbedarf erkennen lassen.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Der Mehrbedarf wird gegenwärtig durch Mittelumverteilungen innerhalb des Budgets gedeckt.

Unterschrift AL: gez. i. V. Knauth

Datum

25.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	550000	Sozialamt
Budget	550200	Sozialamt, Unterbudget Sozialhilfe

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushaltsreste aus Vorjahren	Mittelübertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushaltsreste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	* 45.288.020	0	0	0	*25.485.068	*52.347.136		* 7.059.116
Ordentliche Aufwendungen	85.960.250	0	55.345	0	42.978.034	91.346.269		5.330.674
Ordentliches Ergebnis	-40.672.230	0	-55.345	0	-17.492.966	- 38.999.133		1.728.442
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	87.517	87.517		87.517
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	87.517	87.517		87.517

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Erträge:

Die Erträge in Höhe von 25.485 T€ beinhalten:

- Erstattungen des Bundes für die Leistungen des SGB II **22.974 T€**,
- Erträge für Rückforderungen im SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **1.123 T€** sowie
- Erstattungen für Verwaltungskosten des Jobcenters **90 T€** A50 Ermittlungersuchen **und 1.298 T€** A 11 Personalkosten.

In den außerordentlichen Erträgen in Höhe von **88 T€** wurden **80 T€** für Erstattungen Verwaltungskosten Jobcenter aus dem Jahr 2010 gebucht.

Aufwendungen:

Die Aufwendungen in Höhe von 42.978 T€ beinhalten:

- Leistungen nach dem SGB II **29.111 T€**
- Leistungen nach dem SGB XII (einschl. SGB X – Feststellung Schwerbehinderteneigenschaft) **11.369 T€**
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **932 T€**
- Verwaltungskosten Jobcenter **1.329 T€** sowie
- Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket **237 T€**

Die Mittelübertragungen in Höhe von 55 T€ beinhalten 53 T€ Umverteilung aus dem Budget Sozialamt (550100) – Zuschüsse für freie Träger – Wohlfahrtspflege in die Eingliederungshilfe des Budgets Sozialhilfe (550200). Die Zuschüsse für ambulante Beratungsleistungen für behinderte Menschen werden in Vereinbarungen mit Entgelt gewandelt (§ 75 SGB XII).

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	550000	Sozialamt
Budget	550200	Sozialamt, Unterbudget Sozialhilfe

2.Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Erträge

Per 30.06.2011 ergeben sich in der Hochrechnung per 31.12.2011 gegenüber dem Planansatz Mehrerträge in Höhe von 7.059 T€ Diese resultieren im Wesentlichen aus:

- **5.905 T€** im SGB II, in den Beteiligungen des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU). Mit der Gesetzesänderung im SGB II vom 24.03.2011 (Ermittlung der Regelbedarfe, Bildungspaket) und der Aufgabenübertragung an die Kommunen wurde auch die Beteiligung an den KdU von bisher 23,0 % auf 35,8 % (Land Sachsen) für die Jahre 2011 bis 2013 gemäß § 46 Abs. 5 und 6 SGB II erhöht.
- **964 T€** im SGB II, in den Abschlagszahlungen gemäß Sonderlastenausgleich Hartz IV, Sonderbedarfzuweisung und Wohngeldentlastung laut Bescheid vom 08.06.2011.

Aufwendungen

Insgesamt ergibt die Hochrechnung per 31.12.2011 Mehraufwendungen im Budget Sozialhilfe in Höhe von 5.331 T€. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:

- **+ 5.174 T€** für die Förderung von Kindern und Jugendlichen nach dem SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und Bundeskindergeldgesetz (Gesetzesänderung vom 24.03.2011). Das V-Ist per 31.12.11 wurde auf der Grundlage der anspruchsberechtigten Kinder ermittelt. Eine genauere Einschätzung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die geringe Inanspruchnahme per 30.06.2011 ist in der noch unvollständigen Auszahlung der Bewilligungen begründet.
- **+ 1.130 T€** im SGB XII – Pflege- und Eingliederungsleistungen, Leistungen für die Grundsicherung im Alter. Ursache sind die steigenden Fallzahlen, (Eingliederungshilfe 5 % bei der ambulanten Frühförderung gegenüber dem 31.12.2010, Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – 13% Fallzahlsteigerung Integrationshelfer) und den erhöhten Kosten pro Fall (in den Pflegeleistungen ein Fall mit 7.700 € pro Monat). In der Grundsicherung im Alter ist es die Gesetzesnovellierung (Erhöhung Regelsatz und Mehrbedarfserhöhung und Einführung Warmwasserpauschale für dezentrale Warmwasseraufbereitung) und ein Fallanstieg um ca. 40 Leistungsempfänger.
- **+ 533 T€** Erhöhung Verwaltungskosten Jobcenter – Gesetzesänderung kommunaler Anteil von 12,6 auf 15,2 % ab 01.04.2011, Absenkung des Bundesanteiles von 87,4 % auf 84,8 % - vorläufige Errechnung, da das Verwaltungsbudget des Jobcenters noch nicht endgültig vorliegt - Stand 08.07.2011.
- **+ 224 T€** Asylbewerberleistungsgesetz – Ursache sind die erhöhten Aufnahmezahlen (Plan=176, Ist=200)
- **- 1.730 T€** Minderaufwendungen im SGB II (**KdU 1.528 T€**) Die Entwicklung der Kosten für Unterkunft und Heizung per 31.12.2011 sind aufgrund vieler Einflussgrößen (Arbeitsmarkt, Struktur der Bedarfsgemeinschaften) schwer einschätzbar.

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	550000	Sozialamt
Budget	550200	Sozialamt, Unterbudget Sozialhilfe

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):
entfällt

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Das Sozialamt erarbeitet zurzeit eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Mehraufwendungen der Gesetzesänderung zum Bildungs- und Teilhabepaket (Stadtratsvorlage).

* Bemerkung:

Der Plan Erträge (Spalte 1) wurde um 3.165.166 € und das Voraussichtliche Ergebnis per 30.06.2011(Spalte 5) um 1.298.565 € erhöht.

In der Spalte 6 Voraussichtlicher Ergebnis Erträge wurde für die Erstattung der Verwaltungskosten des Amtes 11 der Planansatz in Höhe von 3.165.166 € /Produktsachkonten 3121000.34849400 und 3122000.34849400) angesetzt. Eine Hochrechnung und Begründung wurde vom A 11 nicht geliefert. Die Konten liegen in Verantwortung des Amtes 11 (Planung und Anordnung). Das Problem der Zuordnung zum Budget Sozialhilfe sollte bis zum Finanzcontrolling per 30.09.2011 geklärt werden.

Unterschrift AL: gez.: Andreas Ehrlich

Datum: 15.07.2011

Budgetinformationen			
Übergeordnetes Budget	550000	Sozialamt	
Budget	550300	Sozialamt, Unterbudget Sozialumlage	

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	0	0	0	0	0			0
Ordentliche Aufwendungen	29.094.432	0	0	0	14.147.911	28.295.821		-798.611
Ordentliches Ergebnis	-29.094.432	0	0	0	-14.147.911	- 28.295.821		+798.611
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			
1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:								
Im vorläufigen Ergebnis per 30.06.2011 ist die Ratenzahlung der Sozialumlage an den Kommunalen Sozialverband Sachsen für das II. Quartal enthalten. Die Überweisung erfolgte aufgrund des Bescheides 2011 zur Erhebung der Sozialumlage vom 17.05.2011 in Höhe von 28.295.821 €.								
2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:								
Mit Vorliegen des unter Punkt 1 genannten Bescheides und der endgültigen Umlagegrundlagen für das Haushaltsjahr 2011 werden für die Stadt Chemnitz Minderausgaben in Höhe von 798.611 € erwartet.								
3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):								
entfällt								
4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:								
Die Minderausgaben werden zur Deckung der Mehrausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe im Budget Sozialhilfe benötigt. Eine entsprechende Vorlage wird im IV. Quartal 2011 an den Stadtrat eingereicht.								

Unterschrift AL: gez.: Andreas Ehrlich

Datum: 15.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	551000	Amt für Jugend und Familie
Budget	551100	Amt für Jugend und Familie, Amtsbudget

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger (Sp. 6-1-2-3-4)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	39.975.756	0	73.731	0	21.981.755	40.100.762		51.275
Ordentliche Aufwendungen	49.938.232	224.364	38.381	31.340	33.351.182	50.086.317		-146.000
Ordentliches Ergebnis	-9.962.476	-224.364	35.350	-31.340	-11.369.427	-9.985.555		197.275
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			
1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:								
In einzelnen Produktsachkonten erfolgen Jahressollstellungen. So werden im Bereich Aufwendungen Jahressollstellungen gebucht für Medien, Mieten und auf Basis von Finanzplänen Abschlagszahlungen an die Träger, die eine Kindertageseinrichtung betreiben (11 Monate). Ebenso erfolgen Jahressollstellungen im Bereich Erträge für Mieten, Zuschüsse des Landes gemäß der Bewilligungsbescheide.								
2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:								
Aufwandsseitig ergeben sich per 30.06.2011 keine Veränderungen bezgl. des voraussichtlichen Jahresergebnisses per 31.12.2011. Die Erträge werden sich insgesamt 2011 positiv entwickeln. Im Saldo wird mit 51.275,00 € Mehrerträgen gerechnet, was zu einer Budgetverbesserung in gleicher Höhe führen wird. Die Verbesserung der Erträge begründet sich im Wesentlichen mit Mehrerträgen durch das Bildungs- und Teilhabepaket (3651000.34217200) in Höhe von 97.771,00 €, sowie erhöhte Erträge im Bereich UVG (3411000.32120000) in Höhe von 60.000,00 €. Dem gegenüber stehen diverse Verringerungen von Erträgen, beispielsweise im Bereich Verpflegung/Chemnitz-Pass (3651000.34217100 und 3651000.34881000) in Höhe von 54.855,00 € und Mindererträge im UVG-Bereich in Höhe von 31.667,00 € (3411000.32140000 und 3411000.34811000). Minderaufwand von 146.000,00 € entsteht durch die Finanzierung des Mehrbedarfes für die Baumaßnahme Einsiedler Hauptstr. 25 im Finanzhaushalt.								
3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):								
4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:								
Keine								

Unterschrift AL: gez. i. V. Prager

Datum:

18.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	551000	Amt für Jugend und Familie
Budget	551200	Amt für Jugend und Familie, Unterbudget Jugendhilfe

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger (Sp. 1+2+3+4-6)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	2.164.500	0	0	0	935.700	2.330.846		166.346
Ordentliche Aufwendungen	18.096.451	0	35.350	0	7.769.453	18.737.847		606.046
Ordentliches Ergebnis	- 15.931.951	0	- 35.350	0	- 6.833.753	-16.407.001		- 439.700
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Im Bereich der Zuschüsse an freie Träger (3632003.43181110, 3633008.43184100) entschied der Jugendhilfeausschuss am 19.04.2011 gemäß B-105/2011 über die Förderung für 2011 auf der Grundlage der Förderrichtlinie des Amtes für Jugend und Familie. Die Bereitstellung der für 2011 bewilligten Mittel erfolgt im Rahmen des Deckungskreises 0051. Im Bereich der Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung haben die Träger der Maßnahmen nicht vollständig bis zum Quartalsende abgerechnet, von daher sind die Aufwendungen per 30.06.2011 unter 50% zum Plan. Bei den Erträgen erfolgen Jahressollstellungen bei Kostenbeiträgen, Erstattungen Kindergeld und Berufsausbildungsbeihilfen, Halbweisenrenten. Kostenerstattungsansprüche gegenüber anderen Sozialleistungsträgern werden teilweise viertel- bzw. halbjährlich geltend gemacht. Hier sind aufgrund noch ausstehender Zahlungseingänge per 30.06.2011 die Erträge unter 50% zum Plan.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Insgesamt kann mit Mehrerträgen zum 31.12.2011 gerechnet werden. Dies resultiert insbesondere aus der steigenden Anzahl von Fällen im stationären Bereich. Es werden mehr Elternteile zu Kostenbeiträgen herangezogen bzw. können mehr Erstattungsansprüche an Kindergeld und Halbweisenrenten geltend gemacht werden.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung sind voraussichtliche Mehraufwendungen mit Stand 30.06.2011 in Höhe von 665,12 T€ zu verzeichnen. Diese können zum Teil kompensiert werden mit Minderaufwendungen im Bereich der Zuschüsse an freie Träger in Höhe von 59,07 T€. Noch zum Stichtag 30.04.2011 waren 204,36 T€ Mehraufwendungen errechnet worden. Hier ist ein deutlicher Anstieg zu registrieren. Die im Rahmen der HH-Planung 2011 bereitgestellten Mittel sind nicht ausreichend, um den Bedarf an notwendigen Hilfen abzudecken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwischen dem Amt 51 als öffentlicher Träger der Jugendhilfe und den ortsansässigen Trägern eine Reduzierung der Entgelte für das Jahr 2011 um 4,87 % vereinbart wurde, was einer Einsparung von 597,96 T€ entspricht. Weiterhin wird im Rahmen der Umsetzung des Maßnahmenplanes des Amtes 51 eine Einsparung von 322,44 T€ erwartet. Ohne die Reduzierung der Entgelte und die strikte Umsetzung des Maßnahmenplanes läge das voraussichtliche Defizit zum 31.12.2011 bei ca. 1.585,52 T€.

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	551000	Amt für Jugend und Familie
Budget	551200	Amt für Jugend und Familie, Unterbudget Jugendhilfe

Der Anstieg der Hilfen zur Erziehung begründet sich im Wesentlichen wie folgt:

Diese Entwicklung ist zurückzuführen auf steigende Fallzahlen. So steigen insbesondere im stat. Bereich die Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen. Waren im Vergleich zum Stichtag 30.06.2010 - 176 Kinder und Jugendliche nach § 34 SGB VIII untergebracht, sind es zum Stichtag 12.07.2011 – 196 Fälle (3633008.33324400, 3633008.33324500). Innerhalb eines Jahres ergibt dies eine Steigerung von ca. 12%. Eine analoge prozentuale Steigerung ist im Bereich der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35 a SGB VIII zu verzeichnen. Steigende Fallzahlen zeichnen sich weiterhin bei Unterbringung von Kindern in Tagesgruppen (3633006.43317300) ab. Im ambulanten Bereich sind nachdem im vergangenen Jahr erfolgten sukzessiven Anstieg der Fälle, die Fallzahlen gleich bleibend hoch.

Defizite in der Versorgung und in der Erziehung ihrer Kinder haben überwiegend Eltern, die von geringem Einkommen leben müssen. Viele dieser Eltern holen sich häufig zu spät unterstützende Hilfen. Oft wird erst mit Eintritt der Krisensituation in der Familie der Hilfebedarf erkannt. Daraus ergibt sich meist eine längere Helfedauer, bzw. werden in bestimmten zeitlichen Intervallen Unterstützungen erneut erforderlich. Die Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen aus der Bevölkerung sowie von Institutionen sind unverändert hoch (Folge aus § 8 a SGB VIII) und in vielen Fällen ist eine Hilfe nach dem SGB VIII erforderlich. Grundsätzlich erfolgt immer eine Prüfung, inwieweit die Hilfen in der Familie gewährt werden können, um Kindern ihr familiäres Umfeld zu erhalten. Insbesondere umfasst § 27 Abs. 2 SGB VIII (3633001.43317600) auf den speziellen Fall gestaltete Hilfeangebote, die im Hilfeprozess modifiziert werden können und somit komplexen Hilfebedarfen Rechnung tragen können.

Nach der Kita-Zeit werden sowohl an die Kinder als auch an die Eltern mit dem Schulbesuch erhöhte Anforderungen gestellt, denen sie aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur und ihrer fehlenden Kompetenzen nicht gerecht werden können; Hort ist für besonders förderbedürftige Kinder aufgrund der personellen Ausstattung nicht ausreichend; ambulante Hilfen können aufgrund der komplexen Problemlagen in den Familien dem individuellen Förderbedarf des einzelnen Kindes nicht gerecht werden, so dass teilstationäre Angebote in Tagesgruppen notwendig sind, um letztlich eine stationäre Unterbringung zu vermeiden. Neben der Förderung der Kinder in der Tagesgruppe ist intensive (aufsuchende) Elternarbeit erforderlich, um den Verbleib der Kinder im Elternhaus sichern zu können.

Vielfältige Problemlagen der Eltern erfordern aber eine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in stationären Jugendhilfeeinrichtungen; beispielhaft sind zu nennen Erziehungsunfähigkeit, Überforderung, massive Suchtprobleme, Vernachlässigung der Kinder, Eltern-Kind-Konflikte bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen; Zunehmend ist Beschulung und Hortbesuch von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen nur mit Bereitstellung eines Einzelfallhelfers möglich; Verzeichnet wird die Zunahme der Fälle in der Altersgruppe der sechs- bis 10jährigen Kinder, die aufgrund psychischer Störungen intensive Eingliederungshilfe benötigen.

Unter Beachtung dessen ergeben sich für das Budget Jugendhilfe zum 31.12.2011 voraussichtliche Mehraufwendungen von 606.046 €

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Für 2011 und die Folgejahre wurde der Maßnahmenplan des Amtes 51 erweitert. Für ausschließlich 2011 erfolgte eine Zusatzvereinbarung mit den Trägern, welche eine Reduzierung der Entgelte um 4,87 % realisiert.

Unterschrift AL: gez. Pethke

Datum:

22.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	500000	Dezernat 5 - Soziales, Gesundheit und Kultur
Budget	552000	Sportamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vor- jahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Er- gebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	5.264.202	0	0	0	786.817	5.306.948		42.746
Ordentliche Aufwendungen	8.989.070	17.017	1.050	0	3.119.505	9.488.525		481.388
Ordentliches Ergebnis	-3.724.868	-17.017	-1.050	0	-2.332.688	-4.181.577		- 438.642
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	9.284	0		0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0		0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	9.284	0		0

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Das vorläufige Ergebnis beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen, deren Leistungszeitraum zwischen dem 01.01.2011 und 30.06.2011 liegt. Insbesondere sind Ausgleichszahlungen zur Integration schwerbehinderter Arbeitnehmer gemäß § 19 SächsKomHVO-Doppik in Höhe von 1.050 € aus dem Budget 111000 übertragen worden.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Die Erträge werden voraussichtlich um 42.746 € höher ausfallen. Hauptgrund sind außerplanmäßige Erträge im Zusammenhang mit der Rückforderung von Sportfördermitteln, die in den Vorjahren ausgereicht wurden (+39.860 €). Hinzu kommen die entsprechenden Verwaltungsgebühren und Auslagen (+160 €). Aufgrund der Nichtumsetzung der Ekko-Maßnahmen 52/05, 52/06 und 52/07 werden die Sportstättennutzungsgebühren (+8.200 €) und die Erträge aus Vermietung und Verpachtung (+1.600 €) für die drei in Gebrauchsüberlassung zu übergebenden Objekte weiterhin erhoben. Die Ekko-Maßnahme 52/02 wurde nicht per 01.01.2011 umgesetzt, die Gebührenerhöhung tritt erst per 22.08.2011 in Kraft. Dadurch werden im Jahr 2011 weniger Sportstättennutzungsgebühren als ursprünglich im Ekko geplant erwartet (-7.074 €). Die Aufwendungen werden voraussichtlich um 481.388 € höher liegen. Hauptgrund sind nicht umgesetzte Ekko-Maßnahmen bzw. Maßnahmen, die umgesetzt wurden, deren Konsolidierungspotential aber erst im Jahr 2012 zum Tragen kommt. Aufgrund der Nichtumsetzung der Ekko-Maßnahmen 52/05, 52/06 und 52/07 müssen die Bewirtschaftungskosten (+68.600 €) weiterhin getragen werden. Das Potential der Ekko-Maßnahmen 52/10 und 52/11 kann erst im Jahr 2012 eingeschätzt und abgerufen werden, da die Jahresrechnungen der Bewirtschaftungskosten erst im nächsten Jahr gelegt und Einsparungen erkennbar werden (+73.700 €). Die Maßnahme 52/14 kann aufgrund verwaltungsinterner Abläufe (Beschluss PE und BAB) und notwendiger Baumaßnahmen erst im Jahr 2012 umgesetzt werden (+110.500 €). Die Ekko-Maßnahmen des Amtes 65 zur Energieeinsparung werden in den Objekten des Amtes 52 nicht zu den erwarteten Kostensenkungen führen (+138.946 €). Über die Ekko-Maßnahmen hinaus werden Mehraufwendungen im Bereich der Unterhaltung der Ausrüstungsgegenstände (+10.800 €) und der extern vergebenen Grünpflegeleistungen in den Bädern (+38.982 €) erwartet. Des Weiteren ist die Auszahlung der zurückgeforderten Sportfördermittel geplant, um die Mehrbelastung der Vereine und Verbände zu reduzieren (+39.860 €).

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe: Die Ergebnisverschlechterung von 438.642 € kann bei Aufrechterhaltung des vorhandenen Leistungsumfanges innerhalb des Budgets 552000 nicht ausgeglichen werden.

Unterschrift AL: gez. Meyer

Datum: 21.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	623000	Liegenschaftsamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	1.750.808	0	3.277	33.120	1.274.023	2.098.441	0	311.236
Ordentliche Aufwendungen	1.102.053	165.218	3.277	33.120	256.764	1.412.024	0	108.356
Ordentliches Ergebnis	648.755	-165.218	0	0	1.017.259	686.417	0	202.880
Außerordentliche Erträge	30.000	0	829	0	1.143.285	1.778.742	0	1.747.913
Außerordentliche Aufwendungen	200.000	0	829	0	583	2.313.506	0	2.112.677
Außerordentliches Ergebnis	-170.000	0	0	0	1.142.702	-534.764	0	-364.764

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Eine Mittelübertragung im Bereich der ordentlichen Erträge/Aufwendungen (Produkt 6122000) i. H. v. 3.277 € waren erforderlich, da zu zwei Erbbaurechtsverträgen eine Abführungsverpflichtung an den Entschädigungsfonds besteht. Im Bereich der außerordentlichen Erträge/Aufwendungen (Produkt 1113300) wurden Mittel i. H. v. 829 € übertragen aufgrund von Zahlungsverpflichtungen zu Grundstücksgeschäften. Die Aufwendungen für den arbeitsmedizinischen Dienst sind in der Abrechnung enthalten. Im Rahmen von Buchungen zum Abgang von Kassenresten aus Vorjahren bzw. Niederschlagungen entstanden ordentliche Aufwendungen i. H. v. 9.356 €.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Die ausgewiesenen ordentlichen Mehrerträge entstehen hauptsächlich aus ungeplanten ordentlichen Erträgen (Produkt 1113300) im Konto 34119000 (sonst. Mieten und Pachten Grunddienstbarkeiten) i. H. v. ca. 333 T€ und Mindererträgen im Konto 34114000 (Erträge aus Erbbaurecht) i. H. v. ca. 24 T€ gegenüber. Grund dafür ist ein im Sachenrechtsbereinigungsgesetz begründetes Recht, einen Erbbaurechtsvertrag in einen Kaufvertrag umzuwandeln. Dies wurde von einzelnen Erbbauberechtigten in Anspruch genommen. In den Konten 34111110 und 34114000 des Produktes 6122000 erfolgte keine Darstellung der bereits angeordneten Erträge, da diese am Jahresende in die Rückstellungen gebucht werden müssen (außer 3.277 € s. Pkt. 1).

In den ordentlichen Aufwendungen sind 99 T€ Honorare für den Einsatz externer Gutachter für Bewertungstätigkeiten enthalten, wovon 24.000 € aus dem Budget S20000 und 8.120 € aus dem Budget 120100 gedeckt werden.

Den dargestellten außerordentlichen Erträgen i. H. v. ca. 1,7 Mio. € aus der Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken stehen Abgänge auf Restbuchwerte als außerordentlicher Aufwand gegenüber. In den ausgewiesenen außerordentlichen (Mehr-)Aufwendungen von -364.764 € sind die Verkäufe unter Buchwert für die Aktienspinnerei sowie für die Alfred-Neubert-Str. 21 (ungedeckter Mehrbedarf i. H. v. 129.764 €) enthalten.

Der Mehrbedarf für die Aktienspinnerei insgesamt (519 T€) wird u. a. durch außerordentliche (Mehr-)Erträge sowie durch das ausgewiesene ordentliche Ergebnis von 235 T€ gedeckt.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Die Entscheidung der Verwaltungsspitze gem. DE-020/2011 zur A.-Neubert-Str. 21 kann ohne alternative Deckung durch das Amt 23 nicht umgesetzt werden.

Unterschrift AL: gez. i. V. Oswald

Datum: 26.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	660000	Amt für Baukoordination

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	2.937.319	339.428	2.035.547	0	2.275.036	4.586.961		-725.333
Ordentliche Aufwendungen	3.674.850	932.014	2.035.547	0	3.171.300	6.037.024		-605.387
Ordentliches Ergebnis	-737.531	-592.586	0	0	-896.264	-1.450.063		-119.946
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Die Erträge zum Stichtag 30.06.11 weisen einen Erfüllungsstand von 77,5 % auf. Das resultiert im Wesentlichen (2.003.465 €) aus der Bereitstellung zweckgebundener Mehreinnahmen zur Weiterreichung an Gebäudeeigentümer und Maßnahmeträger im Bereich Wohnungsbauförderung. Außerdem wurden einem Maßnahmeträger Zinsen in Höhe von 29.867 € aus nicht fristgerecht verwendeten Fördermitteln mittels Leistungsbescheid in Rechnung gestellt und mit § 19 KomHVO Doppik zur Rückzahlung an die Bewilligungsstelle zur Verausgabung bereitgestellt. In verschiedenen Sanierungsgebieten sind Sollstellungen für Ausgleichsbeträge vorgenommen worden, die nicht als Aufwendungen geplant waren. Des Weiteren ergeben sich Mehreinnahmen in den Sanierungsgebieten, die aus der Darstellung von Ausleihungen (Darlehenszinsen nur im Finanzeinzahlungskonto geplant) über die KVV erfolgten.

Die Aufwendungen zum Stichtag 30.06.11 weisen einen Erfüllungsstand von 86,3 % auf. Resultierend aus der Bereitstellung von Mehreinnahmen konnten entsprechend im Bereich Wohnungsbauförderung Mehrausgaben getätigt werden. Weitere Abweichungen ergaben sich aus der Anordnung beantragter Haushaltsausgabereste, die sich im AO-Soll widerspiegeln.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Mindereinnahmen und –ausgaben resultieren aus zu geringen Fördermittelbewilligungen vor allem im Gebiet Aufwertung Sonnenberg (684.400 €). Für das Sanierungsgebiet Brühl/Nord sind keine Fördermittel bewilligt. Mehreinnahmen und –ausgaben in Höhe von 12.230 € resultieren aus der geplanten Bereitstellung gem. § 19 KomHVO Doppik auf Grund der Bescheiderhöhung für das Modellvorhaben „Bürgertreff bei Heckerts“.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe: Ständige Überwachung und Koordinierung aller Aufwendungen und Erträge.

Unterschrift AL: gez. Butenop

Datum: 12.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	662000	Städtisches Vermessungsamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	1.803.788	0	0	0	295.807	504.651		-1.299.137
Ordentliche Aufwendungen	1.615.422	717.325	0	0	85.461	736.439		-1.596.308
Ordentliches Ergebnis	188.366	-717.325	0	0	210.346	-231.788		297.171
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Erträge:

Infolge der lfd. Änderungen des B-Planes für das TG Johannisplatz (UG 3) verzögert sich die Aufstellung des Umlegungsplanes. Im UG 43 (An der Aue) ist ein Gerichtsverfahren anhängig. Dadurch konnten im Umlegungsvorteil nur ca. 3% erwirtschaftet werden.

Aufwendungen:

Die Plangröße zum Stichtag wurde im PSK 5121000.44910000 nicht erfüllt. Problematisch sind die Umlegungsgebiete UG 1, UG 41, UG 62 (Uneinigkeiten mit Eigentümern), UG 2, UG 3, UG 10 (B-Plan Änderungen), UG 5 (Problem mit Erschließungsträger) sowie UG 43 (anhängiges Gerichtsverfahren).

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Erträge: Hauptsächlich sind die ausgewiesenen Mindereinnahmen zu begründen mit dem UG 3 (1.100.000 €) und dem UG 43 (200.000 €). Begründung siehe Punkt 1.

Aufwendungen: Wegen Uneinigkeiten mit den Eigentümern können im UG 1 ca. 32.000 €, im UG 41 ca. 22.000€ und im UG 62 ca. 4.500 € noch nicht verausgabt werden. Wegen B-Plan Änderungen können im UG 2 ca. 433.000 €, im UG 3 ca. 722.543 €, im UG 10 ca. 8.500 € noch nicht verausgabt werden.

23.000 € kommen im UG 5 noch nicht zur Auszahlung wegen fehlender Entscheidung des Erschließungsträgers. Im UG 43 verhindert ein anhängiges Gerichtsverfahren die Auszahlung von 350.840 €.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Die unter Punkt 2 – Aufwendungen - genannten Beträge werden voraussichtlich erst 2012 benötigt. Daraus ergeben sich voraussichtlich Haushaltsausgabereste.

Unterschrift AL: gez. Krone

Datum: 18.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	663000	Baugenehmigungsamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushaltsreste aus Vorjahren	Mittelübertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushaltsreste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	1.360.750	0	200	0	734.247	1.360.950		0
Ordentliche Aufwendungen	495.295	0	160	0	151.374	793.118		297.663
Ordentliches Ergebnis	865.455	0	40	0	582.873	567.832		- 297.663
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Das vorläufige RE der Erträge zum 30.06.11 beträgt 54 %. Die Aufwendungen belaufen sich auf 31 %.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Auf Grund einer Spende im Bereich Denkmalschutz erfolgte eine Mittelübertragung in Höhe von 200 €. Diese Mittel sind zweckgebunden im PSK 5231000.43181110 und werden im Rahmen der Denkmalförderung verausgabt. Auf Grund der weiteren Mittelübertragung aus PSK 5211000.4271100 für Abschreibungen in Höhe von 40 € ergibt im Aufwand die Differenz von 160 €.

Im Bereich Bauordnung PSK 5211000.42713100 zeichnet sich ein Mehrbedarf in Höhe 297.663 € ab, der durch eine überplanmäßige Mittelbereitstellung gedeckt werden muss. Es handelt sich dabei um Mittel zur Durchführung von Ersatzvornahmen. Gehen von Gebäuden Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit aus, muss die Stadt Chemnitz als untere Bauaufsichtsbehörde tätig werden. Da es sich um Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr handelt und die Ereignisse nicht voraussehbar sind, ist keine Planung möglich.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.): -

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Die Einhaltung der Planvorgaben der Erträge kann vom Fachamt nicht beeinflusst werden, da die gesetzliche Bindung an das Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (SächsVWKG) in Verbindung mit dem Sächs. Kostenverzeichnis (SächsKVZ) die Höhe der Kosten bestimmt.

Der derzeitige Erfüllungsstand weist aber auf eine kontinuierliche Planerfüllung hin.

Die Einhaltung der Planvorgaben im Aufwand ist aus o. g. Gründen nicht realisierbar.

Unterschrift AL: gez. i. V. Hahn

Datum:

13.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	666000	Tiefbauamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	9.619.892	0	0	0	5.178.785	10.152.482		532.590
Ordentliche Aufwendungen	28.126.894	235.011	-406	0	13.240.460	29.858.089		1.496.590
Ordentliches Ergebnis	-18.507.002	-235.011	406	0	-8.061.675	-19.705.607		-964.000
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	620.676	620.676		620.676
Außerordentliche Aufwendungen	200.000	0	406	0	406	764.566		564.160
Außerordentliches Ergebnis	-200.000	0	-406	0	620.270	-143.890		56.516

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

In den ordentlichen Erträgen wurden die angekündigten Zuwendungen aus dem Entflechtungsgesetz (siehe 2.) berücksichtigt. Nicht beinhaltet sind die angekündigten aber noch nicht beschiedenen Zuwendungen zur Winterschadensbeseitigung. Das Konzept zur Winterschadensbeseitigung muss nochmals überdacht werden, da die angebotenen Mittel des Entflechtungsgesetzes nur im Jahr 2011 zur Verfügung stehen, die Mittel für die Winterschadensbeseitigung auch noch im Jahr 2012 abgerechnet werden können.

In den ordentlichen Aufwendungen wurden alle erkannten nicht gedeckten finanziellen Mehraufwendungen berücksichtigt.

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus Einnahmen aus Verkauf von Gewerbegebietsflächen, die in gleicher Höhe zu außerordentlichem Aufwand infolge des Abgangs von Vermögen führen. Es wird davon ausgegangen, dass aus gegenwärtiger Sicht bei weiteren Verkäufen in Gewerbegebieten die geplanten Mittel für außerordentlichen Aufwand im Zusammenhang mit Verkauf unter Buchwert ausreichend sind.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

ordentliche Erträge: Mehrerträge gesamt 667.590 € aus

-Zuwendungen Hochwasserschadensbeseitigung 2010: 63.018 €

-Zuwendungen aus Entflechtungsgesetz: 601.500 €

-Benutzungsgebühren für Landesprogramm VEMAGS 3.072 €

Demgegenüber stehen Mindererträge in Höhe von 135.000 € aus der Nichtrealisierbarkeit von EKKO Maßnahmen:

-EKKO-Maßnahme 66/016: Die Änderung der Verwaltungskostensatzung wurde im Januar beantragt, ist jedoch noch nicht umgesetzt. -75.000 €

-EKKO-Maßnahme 66/019: Die Änderung der Sondernutzungssatzung wurde von der DOB mehrmals abgelehnt. -60.000 €

ordentliche Aufwendungen: Mehraufwand gesamt: 1.496.590 €

-Mehraufwand gedeckt siehe Mehrerträge gesamt: 667.590 €

-Mehraufwand nicht gedeckt: 829.000 €

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	666000	Tiefbauamt

Diese Mehraufwand resultiert aus:

Winterdienst 629.000 € Aus dem überdurchschnittlich schneereichen Winter hat der ESC Mehrbedarf aus der Abrechnung des Winters 2010 in Höhe von 98.000 vorgelegt, mit der Vorausschau per 30.04.2011 wird ein weiterer Mehrbedarf in Höhe von 416.000 € für das I. Quartal angezeigt. Weiter mussten vom Amt 66 zur Schneeberäumung ca. 100.000 € beauftragt werden. Gleichzeitig gibt es einen Fehlbedarf für den Winterdienst an den eigenen Grundstücken des Amtes in Höhe von 15.000 €.

Stromkosten: 200.000 € Der angemeldete und in den Plan 2011 eingestellte Mehrbedarf für die Sicherung der Stromkosten der Beleuchtung ist nicht ausreichend. Es wird von einer Überschreitung des Planansatzes in Höhe von 200.000 € ausgegangen. Diese resultieren aus nicht planbaren Kostenerhöhungen für die Gasbeleuchtung, einer nicht umsetzbaren vom Amt 65 eingestellten EKKO-Maßnahme und Anpassungen von Abrechnungszeiträumen.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Vom Amt 66 sind keine Maßnahmen zur Einhaltung der Planvorgabe möglich.

Unterschrift AL: gez. Gregorzyk

Datum: 26.07.2011

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	600000	Dezernat 6 - Stadtentwicklung und Bauordnung
Budget	667000	Grünflächenamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 30.06.2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger (
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	1.726.595	0	500	0	1.383.733	1.830.186		103.091
Ordentliche Aufwendungen	4.119.356	556.188	6.629	3.188	1.261.248	4.699.369		14.008
Ordentliches Ergebnis	-2.392.761	-556.188	-6.129	-3.188	122.485	-2.869.183		89.083
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0			
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0			
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0			

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag: Die Erträge sind im Ergebnishaushalt per 30.06.11 zum Plan bereits mit 80,2 % erfüllt. Diese Erfüllung resultiert aus den Jahressollstellungen in den Mieten und Pachten in allen PUG. Die Fälligkeit der meisten Pachterträge ist der 01.04. bzw. der 30.04. des lfd. Jahres. Im Ergebnis per 30.06. ist im PSK 5551000.31481400 Erträge von 500 € aus einer Spende zu verzeichnen, die dann im PSK 5551000.42712000 auch zu höheren Aufwendungen führt. Über Sponsoringverträge sind zum 30.06. Mehrerträge in Höhe von 3.000 € zu verzeichnen. Weiterhin sind Mehraufwendungen mittels § 17 unechte Deckung in Höhe von 6.129 € für Minderleistungen im PSK 5511000.42213000 vom Amt 11 (Budget 111000) zu verzeichnen. Mehraufwendungen in Höhe von 3.188 € im PSK 5551000.42213000 ergeben sich aus einer ÜPL vom Amt 17 (Budget 117000) im Zuge der Ämtereinweisung für die Bewirtschaftung des Flst. 2064 Gem. Chemnitz.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011: Per 31.12.2011 zeichnen sich höhere Erträge in Höhe von 103.091 € ab. Diese setzen sich aus Mehrerträgen in Höhe von 123.604 € und Mindererträge in Höhe von 20.513 € zusammen. 61.150 € Mehrertrag durch Eingang FÖM für den Abriss Augustusburger Straße. Diese Einnahmen waren bereits in 2010 geplant, sind aber erst in 2011 eingegangen. 18.000 € Mehrerträge aufgrund von abgeschlossenen Sponsorenverträgen. 200 € Mehrertrag durch eine Spende. 21.500 € Mehrerträge aus Ausgleichszahlungen Baumersatz, die aber künftig auch zu Aufwendungen in gleicher Höhe führen, da mit diesen Gelder eine Verpflichtung gegenüber Dritten zur Ersatzpflanzung besteht. 15.130 € Mehrerträge aufgrund Baumersatz Schadenersatz. 2.046 € Mehrerträge die sich aus vielen verschiedenen PSK ergeben. 3.299 € Mehrerträge im PSK 5551000.33211110 aufgrund Flächennutzung für Windkraftanlagen und Sendemasten. 2.279 € Mehrerträge durch Weiterberechnung der Grundsteuer/Straßenreinigung bei den Einzelgärten im PSK 5511000.34882000, die dringend für Mehraufwendungen im PSK 5511000.42212000 zur Verkehrssicherung an Bäumen im SG Klein- und Erholungsgärten benötigt werden. Mindererträge ergeben sich in Höhe von 20.350 € aus weniger FÖM Abriss Lungenheilstätte und 163 € Abgang KER. Die Mehraufwendungen in Höhe von 14.008 € setzen sich aus 11.808 € für Honorarleistungen in der Vergabe der Grünpflege PSK 5511000:42213000 mit Deckung aus der Sonderrücklage Baumersatzpflanzungen - Schadenersatz. 2.200 € Mehraufwendungen ergeben sich im PSK 5511000.42212000 für die Verkehrssicherungspflicht an Bäumen mit Deckung in den Mehrerträgen 5511000.34882000.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Budgetinformationen		
Übergeordnetes Budget	S00000	Sonderbudgets
Budget	S20000	Sonderbudget Kämmereiamt

Ergebnishaushalt

	Plan 2011	Haushalts- reste aus Vorjahren	Mittel- übertragung	UPL-APL	Vorläufiges Ergebnis per 18.07. 2011	Vorauss. Ergebnis per 31.12.2011	Vorauss. neue Haushalts- reste per 31.12.2011	mehr/weniger
	1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge	184.766.102	0	0	0	175.028.589	184.591.422	0	- 174.680
Ordentliche Aufwendungen	12.970.870	3.521.806	0	-75.000	6.728.303	14.892.676	0	- 1.525.000
Ordentliches Ergebnis	171.795.232	-3.521.806	0	75.000	168.300.283	169.698.746	0	1.350.320
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0

1. Inhalt des vorläufigen Ergebnisses zum Stichtag:

Das vorläufige Ergebnis im Abrechnungszeitraum enthält Jahresanordnungen der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Die geplanten Mittel für Zinsaufwendungen für Kassenkredite in Höhe von 75.000 € werden mittels überplanmäßiger Mittelbereitstellung für Mehrbedarf and. Budgets bereitgestellt.

2. Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen voraussichtlichem Ergebnis 31.12.2011 und verfügbaren Mitteln 2011:

Die Zinserträge am Geldmarkt liegen in der Prognose zum Jahresende um 192.500 € niedriger als geplant. Aufgrund der derzeitigen Erfüllung des Ansatzes wird eine Realisierung der Zinserträge nicht erreicht werden. Kompensiert werden diese Mindererträge teilweise durch Mehrerträge aus allgemeinen Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen vom Land für die Einführung der Doppik von insgesamt 17.820 €.

Die Zinsaufwendungen an den Kreditmarkt werden voraussichtlich mit 1,5 Mio. € nicht in Anspruch genommen. Hier wirkt die nicht vollumfängliche Kreditaufnahme des Jahres 2010. Darüber hinaus wird unter Berücksichtigung des Kassenbestandes davon ausgegangen, dass die geplante Kreditermächtigung des Jahres 2011 in Höhe von 28,4 Mio. € unter Beachtung der Realisierung der Investitionen im Jahr 2011 noch nicht voll ausgeschöpft wird.

Die Zinsaufwendungen für Kassenkredite i. H. v. 100.000 € werden nach aktuellem Stand der Liquidität nicht benötigt. Sie wurden den Budgets 120100 und 330000 zur Verfügung gestellt bzw. sollen der Finanzierung des Mehrbedarfs im Budget 623000 dienen.

3. Höhe der voraussichtlichen Haushaltsreste; kurze verbale Erläuterung (nur in Berichterstattung per 30.09.):

4. Maßnahmen der Organisationseinheit zur Einhaltung der Planvorgabe:

Unterschrift AL: gez. Härtel

Datum: 19.07.2011